

Niederschrift **zur Bürgerversammlung vom 23.04.2026**

Datenschutzkonform ohne persönliche Kontaktdaten laut Bayer. Landesbeauftragten für Datenschutz.
Kontaktdaten liegen der Gemeindeverwaltung vor.

Um 19.00 Uhr eröffnete der 1. Bürgermeister die Veranstaltung im Martinstadl in Zorneding. Er begrüßte die ca. 100 anwesenden Bürgerinnen und Bürger, die 2. Bürgermeisterin Frau Bianka Poschenrieder, den 3. Bürgermeister Herrn Moritz Dietz, sowie den Altbürgermeister Herrn Franz Pfluger.

Im Anschluss stellte er die anwesenden Vertreter der Verwaltung, den Geschäftsleiter Herrn Kommnick, den Leiter des Fachbereichs Bauen und Ordnungsrecht Herrn Ballerstaller, die Sachgebietsleitung Hoch- und Tiefbau Herrn Stanzel, die Leiterin des Fachbereichs Finanzen Frau Ziepl, die Leiterin des Fachbereichs Bürgerservice Frau Riedmann und Frau Zenthöfer als Schriftführerin vor. Des Weiteren begrüßte er die anwesenden Mitglieder des Gemeinderates und die Vertreterin der Presse.

Ein herzlicher Dank ging an die ebenfalls anwesenden Gehörlosendolmetscherinnen.

Es folgte der Rechenschaftsbericht des 1. Bürgermeisters. Nach einer kurzen Pause übergab der 1. Bürgermeister das Wort an die anwesenden Bürgerinnen und Bürger.

1. Frau P. aus Ingelsberg

In ihrer Funktion als 1. Vorsitzende des VdK Ortsverband Zorneding-Pörling berichtete Frau P. über die Aktion „Weg mit den Barrieren“, die im Jahr 2016 initiiert wurde. Im Rahmen dieser Aktion wurden der Gemeinde Zorneding insgesamt 48 Maßnahmen zur Verbesserung der Barrierefreiheit im Gemeindegebiet gemeldet.

Frau P. sprach der Gemeinde sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung ihren Dank für die weitgehende Beseitigung der gemeldeten Barrieren aus. Sie wies darauf hin, dass sich Bürgerinnen und Bürger auch nach Abschluss der Aktion weiterhin an den VdK wenden können. Zudem regte sie an, dass sich Bürgerinnen und Bürger bei bestehenden Problemen zusätzlich auch an die Gemeindeverwaltung wenden können.

Zusätzlich erkundigte sich Frau P. nach der Anzahl der gemeindeeigenen Wohnungen sowie nach möglichen Leerständen. Der 1. Bürgermeister Mayr teilte mit, dass sich im Gemeindegebiet insgesamt 60 gemeindeeigene Wohnungen befinden. Auf der gemeindeinternen Warteliste sind derzeit 40 Personen registriert.

Aktuell steht eine Wohnung leer. Für das betreffende Grundstück ist in Abstimmung mit dem Gemeinderat sowie einer Wohnungsbaugenossenschaft der Neubau einer größeren Wohnanlage vorgesehen.

2. Herr S. aus Zorneding

In seiner Funktion als 1. Vorstand Arbeitskreis Jugend Zorneding-Pörling e.V. sprach Herr S. zum Thema „Sicherheit bei Veranstaltungen“. Insbesondere bei der Organisation des Kinderfestes am Daxenberg stoße der Verein auf Schwierigkeiten bei der Umsetzung von Maßnahmen zum Schutz vor sogenannten Überfahrtaten. Herr S. kritisierte die, aus seiner Sicht zu strengen, Vorgaben der

Verwaltung sowie eine mangelnde Transparenz seitens der Gemeinde. Dies führe für die Vereine zu erheblichen Beeinträchtigungen und einem erhöhten Kostenaufwand. Gleichzeitig betonte er, dass er die grundsätzliche Notwendigkeit eines entsprechenden Sicherheitskonzeptes anerkenne, die gemeindlichen Vorgaben jedoch als überzogen empfinde.

Der 1. Bürgermeister erläuterte, dass ein Antrag der Freien Wähler-Gemeinschaft Zorneding-Pöring e.V. mit ähnlichem Inhalt nach Beratung im Gemeinderat wieder zurückgezogen worden sei. Die Gemeinde habe einen Veranstaltungsleitfaden erarbeitet sowie entsprechende Planungen entwickelt, die je nach Anlass individuell an die jeweilige Veranstaltung angepasst werden. Er betonte, dass Veranstaltungen mit dieser Unterstützung durchgeführt werden können und auch durchgeführt werden.

Darüber hinaus habe die Verwaltung bereits zertifizierte Sperren sowie sogenannte „Legosteine“ als Schutzmaßnahmen angeschafft. Der Bauhof übernehme nach Absprache den An- und Abtransport dieser Elemente. Die Anschaffung weiterer Poller sei in Planung.

Der 1. Bürgermeister führte weiter aus, dass die Risikobewertung für Veranstaltungen stets individuell erfolge und es daher zu unterschiedlichen Einschätzungen kommen könne.

Insbesondere der Herzogplatz in Zorneding stelle aufgrund zahlreicher kleiner Zugänge sowie der erforderlichen Feuerwehrezufahrt eine besondere Herausforderung dar.

Oberste Prämisse der Verwaltung sei jedoch stets die Sicherheit der Bevölkerung, auch wenn dies mit erhöhtem Aufwand und zusätzlichen Kosten verbunden sei.

Um sein Anliegen als Empfehlung an den Gemeinderat einbringen zu können, verlas Herr S. folgenden Antrag:

Der Gemeinderat soll einen Kriterienkatalog zur Bewertung des Risikos und der Eintrittswahrscheinlichkeit für die Gefahr Überfahrtaten mit mehrspurigen Fahrzeugen beschließen. Dies kann z.B. der Kriterienkatalog aus der Handreichung für Überfahrtaten (S. 32 – 38) und die dazugehörige ALARP-Tabelle (S.46) sein.

Der Gemeinderat beauftragt die Verwaltung für die entsprechend festgestellten Risikoklassen (geringes Risiko, moderates Risiko und erhöhtes Risiko) unter Berücksichtigung der Verhältnismäßigkeit das entsprechende Schutzziel für Veranstaltungen festlegen:

Beispiele (u.a. aus der Handreichung Überfahrtaten):

- „Der Veranstaltungsbereich soll erkennbar für Fahrzeuge gesperrt sein“
- „Das Sicherheitsempfinden der Bevölkerung soll gestärkt werden.“
- „Überfahrtaten mittels eines mehrspurigen Fahrzeugs sollen im Veranstaltungsbereich nicht möglich sein.“
- „Eine unkontrollierte Einfahrt in den Schutzbereich soll nicht möglich sein.“
- „Ein Eindringen in den Schutzbereich mit einem mehrspurigen Fahrzeug mit einem zGG von über 7.500 kg soll verhindert werden.“

Der Gemeinderat beauftragt die Verwaltung mit dem Schutzziel dementsprechend auch festzulegen, ob ein Zufahrtsschutzkonzept mit entsprechenden Sperren erforderlich ist oder auch nicht.

Im Anschluss ließ Herr 1. Bürgermeister Mayr in offener Abstimmung per Handzeichen über den Antrag abstimmen. Dieser wurde mehrheitlich angenommen.

3. Frau H. aus Zorneding

Frau H. erkundigte sich nach der Möglichkeit, im Gemeindegebiet für jeden Haushalt gelbe und blaue Tonnen bereitzustellen. Sie führte aus, dass gelbe Säcke häufig bereits mehrere Tage vor dem Abholtermin im öffentlichen Raum bereitgestellt und regelmäßig durch Wildtiere oder Ungeziefer aufgerissen würden, wodurch sich der Inhalt verstreue. Zudem komme es insbesondere bei hohen Temperaturen wiederholt zu Geruchsbelästigungen.

Auch im Bereich der Papiersammlung sehe sie Probleme: an der Straße bereitgestellte Papierabfälle würden bei Regen durchnässt und aufgeweicht, was den Abtransport erschwere. Der 1. Bürgermeister Mayr erklärte, dass die Entsorgung von Verpackungsmüll und Papier in die Zuständigkeit des Landkreises falle und nicht von der Gemeinde geregelt werden könne. Eine Umstellung auf gelbe bzw. blaue Tonnen könne daher nur landkreisweit einheitlich durch den Landkreis erfolgen.

Er berichtete weiter, dass auf Landkreisebene bereits Überlegungen zu einer entsprechenden Umstellung bestünden. In diesem Zusammenhang sei das Kommunalunternehmen „Abfallwirtschaftsbetrieb des Landkreises Ebersberg“ (AVIVE KU) gegründet worden. Ziel sei es, die Organisation der Abfallentsorgung zentral auf Landkreisebene zu bündeln.

Gleichzeitig wies der 1. Bürgermeister Mayr darauf hin, dass es beispielsweise am Daxenberg aufgrund beengter Platzverhältnisse zu Problemen bei der Aufstellung zusätzlicher Tonnen für die einzelnen Haushalte kommen könne.

4. Herr F. aus Pöring

Herr F. wandte sich mit zwei Anliegen an den 1. Bürgermeister.

Sein erstes Anliegen betraf die schlechte fußläufige Erreichbarkeit des S-Bahnhofs aus dem Pörringer Unterdorf. Er berichtete von für Fußgänger gefährlichen Wegen im Bereich der Burgstraße sowie von einer unübersichtlichen Parksituation entlang der Straßen. Insbesondere die Parksituation entlang der Zubringerstraßen zur S-Bahn verschärfe sich aufgrund der kostenpflichtigen Parkplätze am S-Bahnhof zunehmend. Er bat um Auskunft, ob seitens der Verwaltung eine zusätzliche Zuwegung zur S-Bahn geplant sei.

Der 1. Bürgermeister Mayr erläuterte hierzu, dass sich die Wege entlang der Burgstraße in Privatbesitz befänden und daher eine Verbreiterung der Gehwege nicht möglich sei. Eine Einbahnstraßenregelung in der Burgstraße sei seinerzeit vom Gemeinderat abgelehnt worden. Er verwies auf die Gehwegverbreiterung in der Anzinger Straße und erklärte, dass die Einrichtung eines Zebrastreifens aus verkehrsrechtlichen Gründen leider nicht möglich sei.

Als Lösung der Verkehrsproblematik entlang der Eglhartinger Straße bezeichnete der 1. Bürgermeister Mayr eine Sperrung für den Durchgangsverkehr als die aus seiner Sicht beste Möglichkeit, den Verkehr an dieser Stelle zu regeln. Er verwies hierzu auf das Verkehrskonzept der Gemeinde und bat um Geduld.

In seinem zweiten Redebeitrag befasste sich Herr F. mit dem Klimakonzept der Gemeinde und erkundigte sich nach der Anzahl der erforderlichen Photovoltaikflächen und Windräder, um Zorneding autark mit Energie versorgen zu können.

Der 1. Bürgermeister Mayr berichtete dem interessierten Bürger, dass die drei im Süden von Zorneding geplanten Windräder eine Leistung von bis zu 18 Megawatt erbringen könnten. Für die Versorgung Zornedings seien bereits 7 Megawatt ausreichend. Der überschüssige Strom müsse in das Netz eingespeist werden. Die Bauanträge für die Windräder seien bereits eingereicht.

Die vorhandenen Photovoltaikflächen seien derzeit noch nicht ausreichend. Er verwies auf ein Projekt für eine Photovoltaikanlage mit Batteriespeicher, zu dem aktuell bereits Verhandlungen mit den Grundstückseigentümern geführt würden.

5. Herr S. aus Zorneding

Herr S. befasste sich in seinem Redebeitrag mit dem Thema „Dorffest“. Er betonte die Bedeutung solcher Feste für den Zusammenhalt im Ort und bedauerte die aus seiner Sicht oftmals zu strengen Vorgaben. Zudem äußerte er sein Bedauern darüber, dass im Jahr 2025 kein Dorffest stattgefunden habe und auch für das Jahr 2026 seitens der Gemeinde keine entsprechenden Planungen bestünden.

Der 1. Bürgermeister Mayr erwiderte, dass die Planung eines Dorffestes sehr aufwendig sei und einen Vorlauf von mindestens acht bis zehn Monaten erfordere. Er sehe daher keine Möglichkeit, im Jahr 2026 ein gemeindliches Fest zu planen und durchzuführen.

Um sein Anliegen als Empfehlung an den Gemeinderat einbringen zu können, verlas Herr S. im Anschluss folgenden Antrag:

Der Gemeinderat möge sich mit der Frage befassen, ob im Herbst 2026 in Zusammenarbeit zwischen der Verwaltung und den örtlichen Vereinen ein kleines Dorffest organisiert werden kann. Darüber hinaus soll die Verwaltung ein Konzept erarbeiten, das die regelmäßige Durchführung von Dorffesten ermöglicht.

Im Anschluss ließ Herr 1. Bürgermeister Mayr in offener Abstimmung per Handzeichen über den Antrag abstimmen. Dieser wurde mehrheitlich abgelehnt.

6. Herr S. aus Zorneding

Der besorgte Bürger erkundigte sich nach der aktuellen Situation hinsichtlich der Straßensperrung im Ortsteil Ingelsberg sowie nach der aus seiner Sicht mangelhaften Kommunikation und Transparenz seitens der Gemeinde.

Der 1. Bürgermeister Mayr erklärte hierzu, dass die Sperrung aufgrund einer Straßenunterspülung durch einen auf Privatgrund befindlichen Brunnen kurzfristig und unabdingbar gewesen sei. Derzeit werde gemeinsam mit Fachfirmen geprüft, inwieweit gemeindliche Straßen von den Auswirkungen betroffen seien.

Er verwies auf die hierzu veröffentlichten Informationen auf der gemeindlichen Homepage, auf Facebook sowie über Zorneding Aktuell.

7. Frau K.-P. aus Pöring

In ihrer Funktion als 2. Sprecherin des Seniorenbeirats erkundigte sich Frau K.-P., ob im Cäcilia-Pichler-Ring in Pöring noch ein Gehweg geplant sei oder alternativ ab dem Georg-Münch-Weg ein verkehrsberuhigter Bereich beziehungsweise eine Spielstraße eingerichtet werden könne.

Fachbereichsleiter Ballerstaller erwiderte, dass die Errichtung eines Gehwegs nach den Festsetzungen des Bebauungsplans derzeit nicht vorgesehen sei.

Er sicherte der engagierten Bürgerin jedoch zu, die Möglichkeit einer Verkehrsberuhigung oder der Einrichtung einer Spielstraße prüfen zu lassen. Das Ergebnis dieser Prüfung werde Frau K.-P. über den Seniorenbeirat mitgeteilt.

Weiterhin erkundigte sie sich, ob im Wohngebiet Wimmerwiese auch der Bau von bezahlbaren Seniorenwohnungen geplant sei.

Der 1. Bürgermeister Mayr berichtete, dass die geplanten Wohnungen vollständig barrierefrei ausgeführt würden und dort 24 gemeindeeigene, preisgünstige Wohnungen entstünden.

Die übrigen Wohnungen im Baugebiet befänden sich in der Hand zweier weiterer Eigentümer, mit denen die Verwaltung hinsichtlich der Barrierefreiheit bereits im Austausch stehe.

8. Herr P. aus Zorneding

Auch Herr P. wandte sich mit zwei Anliegen an die Gemeindeverwaltung.

Sein erstes Anliegen betraf die Parksituation am S-Bahnhof. Er beklagte, dass es keine Kurzzeitparkmöglichkeiten zum Bringen oder Abholen von Fahrgästen gebe.

Der 1. Bürgermeister Mayr verwies in diesem Zusammenhang auf die Zuständigkeit der Deutschen Bahn als Eigentümerin des gesamten Geländes. Er sicherte Herrn P. jedoch zu, Kontakt mit der zuständigen Stelle aufzunehmen und sich für die Einrichtung von Kurzzeitparkplätzen einzusetzen.

Das zweite Anliegen betraf die Altersstruktur am Daxenberg in Verbindung mit der fußläufigen Erreichbarkeit des S-Bahnhofs. Herr P. berichtete, dass der lange Fußweg zum Bahnhof für viele Anwohnerinnen und Anwohner aufgrund ihres Alters inzwischen beschwerlich sei. Er erkundigte sich daher, ob Planungen bestünden, bei der bestehenden Busverbindung eine zusätzliche Haltestelle am Daxenberg einzurichten.

Der 1. Bürgermeister sagte zu, diese Anfrage an den MVV weiterzuleiten.

9. Herr D. aus Zorneding

Der besorgte Bürger schilderte in der Bürgerversammlung die aus seiner Sicht teilweise gefährliche Parksituation an der Bahnhofstraße/Ecke Ladenstraße vor dem Döner-Restaurant „LoKanta“. Seinen Beobachtungen zufolge würden Gäste des Restaurants nicht nur die ausgewiesenen Parkplätze nutzen, sondern regelmäßig auch ordnungswidrig parken und dabei bis in den Kreuzungsbereich hinein stehen. Er bat den 1. Bürgermeister Mayr um Auskunft, welche Maßnahmen hiergegen ergriffen werden könnten.

Der 1. Bürgermeister Mayr berichtete, dass die Gemeindeverwaltung hinsichtlich dieser Problematik bereits mit der Eigentümerin des Restaurants in Kontakt stehe. Diese habe zugesichert, ihre Gäste wiederholt auf die geltenden Parkregelungen hinzuweisen.

Darüber hinaus teilte der 1. Bürgermeister mit, dass in diesem Bereich künftig verstärkt Kontrollen durch die Verkehrsüberwachung durchgeführt werden.

10. Frau v.d.L aus Pöring

Die Parksituation entlang der Anzinger Straße zwischen der St.-Martin-Straße und dem Raiffeisenmarkt war das erste Anliegen von Frau v. d. L.

Sie berichtete, dass aufgrund der zahlreichen parkenden Fahrzeuge – insbesondere von Pendlern, die von dem kostenpflichtigen S-Bahn-Parkplatz ausweichen – die Ausfahrt aus der Freybergstraße häufig nur unter Nutzung der Gegenfahrbahn möglich sei. Dies sei mit einem erhöhten Gefahrenpotenzial verbunden. Frau v. d. L. regte daher an, ein dauerhaftes Parkverbot einzurichten oder Anwohnerparkausweise einzuführen, um die „Parkflüchtigen“ von diesem Bereich fernzuhalten.

Der 1. Bürgermeister Mayr teilte mit, dass die Parksituation im Umfeld des S-Bahnhofs im Rahmen des Verkehrskonzepts als eines der nächsten Themen behandelt werde. Zudem sei die Einführung von Parkausweisen bereits in Planung.

Der Leiter des Bau- und Ordnungsamtes, Herr Ballerstaller, ergänzte, dass die Einrichtung eines Halteverbots an dieser Stelle bereits mehrfach gemeinsam mit der Polizei geprüft worden sei.

Nach derzeitiger Einschätzung bestünden jedoch keine verkehrsrechtlichen Voraussetzungen für die Einführung eines entsprechenden Verbots.

Ein weiteres Anliegen von Frau v. d. L. war die Pflanzung von straßenbegleitendem Grün entlang der Radwege zwischen Pöring und Ingelsberg sowie entlang der Eglhartinger Straße. Die Verschattung der Fahrbahn stelle einen wirksamen Schutz vor der Überhitzung der Oberflächen dar und sei zudem förderlich für Fußgänger und Radfahrer.

Der 1. Bürgermeister Mayr begrüßte die Idee, musste jedoch mitteilen, dass eine Begrünung

größtenteils nicht möglich sei. Zum einen stünden abschnittsweise unterirdische Kabelführungen entgegen, die nicht überbaut werden könnten. Zum anderen verlaufe die Strecke entlang von Privatgrundstücken; die verfügbare Breite zwischen den privaten Grünstreifen und der Straße sei vielerorts nicht ausreichend.

Das dritte Thema betraf die Thaller Lacke. Frau v. d. L. berichtete, dass dort mehrere Bäume gefällt worden seien, und beklagte einen aus ihrer Sicht bestehenden Widerspruch zu den Zielen des Landschafts- und Naturschutzes.

Hierzu konnte der 1. Bürgermeister Mayr von einer positiven Entwicklung berichten. Die Eigentumsverhältnisse würden sich voraussichtlich im Laufe des Jahres ändern, sodass eine generelle Verbesserung der Situation vor Ort in Aussicht stehe. Die Baumfällungen seien jedoch aufgrund einer akuten Gefährdung durch Totholz erforderlich gewesen und durch Anordnung der Gemeinde durch Privateigentümers durchgeführt worden.

Abschließend erkundigte sich Frau v. d. L. nach der barrierefreien Erreichbarkeit von Arztpraxen im Gemeindegebiet und fragte, ob die Gemeindeverwaltung dieses Thema berücksichtige.

Der 1. Bürgermeister Mayr verwies hierzu auf die jeweiligen Grundstückseigentümer, Investoren und Praxisbetreiber. Die Problematik sei der Verwaltung bekannt, jedoch habe diese keine rechtliche Möglichkeit, auf die Barrierefreiheit bestehender Arztpraxen Einfluss zu nehmen.

11. Herr G. aus Pörling

Herr G. beklagte in seiner Wortmeldung die zunehmende wilde Müllablagerung an den Containersammelpunkten sowie entlang der gemeindlichen Straßen. Zudem beobachte er immer häufiger überfüllte oder verstopfte Altkleidercontainer. Er bat die Verwaltung zu prüfen, ob eine häufigere Leerung der Container möglich sei. Gleichzeitig regte er an, die Gründe dafür zu hinterfragen, weshalb insbesondere Textilcontainer teilweise von den Sammelstellen entfernt worden seien.

Der 1. Bürgermeister Mayr erläuterte, dass bereits Gespräche mit dem Landratsamt zur Problematik der Altkleiderentsorgung geführt würden. Aufgrund neuer rechtlicher Vorgaben und der damit verbundenen zusätzlichen Entsorgungskosten hätten sich mehrere Anbieter aus der Fläche zurückgezogen und ihre Altkleidercontainer abgebaut.

Da die vorhandenen Wertstoffcontainer bereits bis zu dreimal pro Woche geleert würden, sei eine weitere Erhöhung der Leerungsfrequenz aus Kapazitätsgründen kaum möglich.

Der 1. Bürgermeister appellierte daher an alle Bürgerinnen und Bürger, wilde Müllablagerungen zu unterlassen. Dieser Appell solle zudem in der nächsten Ausgabe des Bürgerjournals veröffentlicht werden.

In seinem zweiten Redebeitrag erkundigte sich Herr G. nach dem aktuellen Stand des Glasfaserausbaus im Gemeindegebiet sowie nach dem für die Arbeiten verantwortlichen Unternehmen. Der 1. Bürgermeister Mayr berichtete hierzu, dass die Firma Birnstiel nicht mehr mit der Deutschen Glasfaser zusammenarbeite. Für den weiteren Ausbau sei nun allein die Deutsche Glasfaser verantwortlich.

12. Herr N. aus Zorneding

Herr N. befasste sich in seinem Redebeitrag ebenfalls mit der Problematik des Glasfaserausbaus. Er berichtete, dass er seit mittlerweile sechs Jahren erfolglos auf seinen Anschluss warte. Trotz mehrerer Vor-Ort-Termine sowie zahlreicher Klärungsversuche mit den beteiligten Unternehmen und Subunternehmern sei bislang kein Anschluss hergestellt worden. Herr N. erkundigte sich nach den Handlungsmöglichkeiten und der Verantwortung der Gemeinde in dieser Angelegenheit.

Zudem fragte er nach möglichen alternativen Anbietern wie der 1&1 oder der Deutsche Telekom. Darüber hinaus bat er den 1. Bürgermeister Mayr, gegenüber der Deutschen Glasfaser verstärkt auf die Fertigstellung der noch ausstehenden Anschlüsse hinzuwirken.

Der 1. Bürgermeister Mayr erläuterte, dass die Gemeinde mit der Deutschen Glasfaser keinen

Versorgungsvertrag, sondern lediglich einen Gestattungsvertrag abgeschlossen habe. Dadurch seien die rechtlichen Einflussmöglichkeiten der Gemeinde begrenzt. Weiter führte er aus, dass die Gemeinde in regelmäßigen Abständen Gespräche mit der Deutschen Telekom führe, um den Ausbau der digitalen Infrastruktur voranzubringen. Ein Parallelbetrieb mehrerer Anbieter sei jedoch mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden.

Gleichzeitig sagte der 1. Bürgermeister Mayr zu, die Bemühungen von Herrn N. durch ein Schreiben an die Deutsche Glasfaser zu unterstützen und sich für die Fertigstellung des Anschlusses einzusetzen.

13. Herr K. aus Zorneding

Herr K. nahm Bezug auf die Verkehrssituation an der Kreuzung der Staatsstraße 2081 mit der Abfahrt Richtung Hergolding auf Höhe des Gasthauses Schlammerl. Er regte an, an der, aus seiner Sicht, unübersichtlichen T-Kreuzung einen Verkehrsspiegel anzubringen, um die Sichtverhältnisse für alle Verkehrsteilnehmer zu verbessern.

Der 1. Bürgermeister Mayr wies darauf hin, dass es sich bei der St 2081 nicht um eine gemeindliche Straße, sondern um eine Staatsstraße handelt. Die Gemeinde habe daher keine Befugnis, eigenständig entsprechende Verkehrseinrichtungen aufzustellen. Er sagte Herrn K. jedoch zu, das Anliegen an das zuständige Straßenbauamt Rosenheim weiterzuleiten.

Darüber hinaus sprach Herr K. die Parksituation im Umfeld des S-Bahnhofs an. Er befürwortete die Einführung einer Anwohnerparkregelung und sprach sich für eine Ausweitung der Parkraumüberwachung in diesem Bereich aus.

Der 1. Bürgermeister Mayr erwiderte, dass die Stundenanzahl für die Verkehrsüberwachung im Gemeindegebiet bereits gegenüber dem ursprünglichen Umfang verdoppelt worden sei. Eine weitere Aufstockung der Überwachungsstunden sei jedoch grundsätzlich möglich und werde von der Verwaltung geprüft.

14. Herr W. aus Zorneding

Herr W. aus Zorneding erkundigte sich nach dem aktuellen Sachstand hinsichtlich der zukünftigen Ausrichtung des Jugendzentrums (JUZ).

Der 1. Bürgermeister Mayr informierte Herrn W. sowie die anwesenden Bürgerinnen und Bürger darüber, dass die Stelle der Jugendpflege weiterhin ausgeschrieben sei und auch künftig ausgeschrieben bleibe. Die Anmietung der Räumlichkeiten des Jugendzentrums für Feiern von Jugendlichen aus der Gemeinde sei weiterhin möglich. Darüber hinaus würden verschiedene Ferienangebote für Kinder und Jugendliche angeboten und die VHS nutze die Räumlichkeiten ebenfalls.

Abschließend führte der 1. Bürgermeister Mayr aus, dass sich auch der neu gewählte Gemeinderat weiterhin mit der zukünftigen Entwicklung und Ausrichtung des Jugendzentrums befassen werde.

15. Herr W. aus Pörling

Herr W. wandte sich gleich mit mehreren Themen an den 1. Bürgermeister.

Auch er bestätigte die bereits mehrfach erwähnte Verkehrs-, und Parksituation um den S-Bahnhof, auch hier besonders an der Ecke Anzinger Straße/Freyberg Straße.

Zudem erkundigte sich Herr W. nach den Gründen für die Erhöhung der Abfallgebühren.

Insbesondere wollte er wissen, weshalb die Gebührenerhöhung erforderlich geworden sei und ob diese auf gestiegene Kosten seitens der Entsorgungsunternehmen zurückzuführen sei.

Der 1. Bürgermeister Mayr erläuterte, dass die Kalkulation der Abfallgebühren gesetzlich vorgeschrieben sei und turnusgemäß alle vier Jahre neu durchgeführt werde.

Die Gebührenfestsetzung erfolge zentral auf Landkreisebene.

Für die Gemeinde Zorneding stellten die Abfallgebühren lediglich einen durchlaufenden Posten dar, da die anfallenden Kosten vollständig an die Gebührenzahler weitergegeben werden müssten. Die aktuelle Gebührenerhöhung sei insbesondere auf allgemeine Kostensteigerungen beim Landkreis im Bereich der Abfallentsorgung zurückzuführen.

Darüber hinaus interessierte sich Herr W. für die anstehenden Straßensanierungsmaßnahmen. Er erkundigte sich, ob im Zuge dieser Arbeiten bereits Vorbereitungen für die geplante Geothermieversorgung getroffen werden könnten, insbesondere durch die Mitverlegung entsprechender Leitungen.

Der 1. Bürgermeister Mayr erläuterte, dass dies derzeit noch nicht möglich sei. Die Kapazität der geplanten Geothermieanlage sowie die daraus resultierenden Anforderungen an das Leitungsnetz seien bislang noch nicht abschließend geklärt. Aus diesem Grund könnten derzeit noch keine entsprechenden Vorleistungen im Rahmen der Straßensanierungen erbracht werden.

Eine im Pöringer Kreisverkehr errichtete Messkonstruktion weckte ebenfalls das Interesse von Herrn W. Er erkundigte sich beim 1. Bürgermeister nach deren Zweck und den Hintergründen der Maßnahme.

Der 1. Bürgermeister Mayr erläuterte, dass die Messstelle im Zusammenhang mit der geplanten Neuaufstellung des Flächennutzungsplans erforderlich sei. Nähere Informationen hierzu würden am folgenden Tag über die gemeindliche Homepage veröffentlicht.

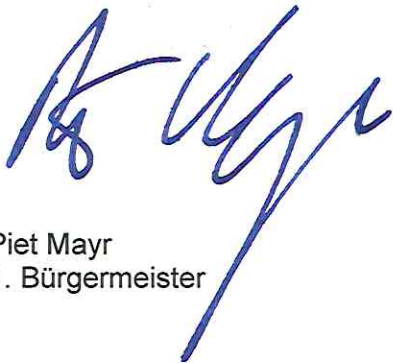
Abschließend bedankte sich Herr W. für den von der Gemeinde gewährten Zuschuss an den „Helfer vor Ort“-Dienst des BRK. In diesem Zusammenhang erläuterte er den anwesenden Bürgerinnen und Bürgern die Funktionsweise des Angebots. Er wies darauf hin, dass die Helfer vor Ort nicht direkt von Bürgerinnen und Bürgern angefordert werden können, sondern bei entsprechender Verfügbarkeit und medizinischer Notwendigkeit ausschließlich durch die zuständige Rettungsleitstelle alarmiert werden.

16. Herr P. aus Zorneding

Herr P. kritisierte die aus seiner Sicht mangelnde Transparenz der Gemeinde hinsichtlich des Themas Windkraftanlagen. Zudem merkte er an, dass das Thema auch im aktuellen Rechenschaftsbericht des 1. Bürgermeisters keine Berücksichtigung gefunden habe.

Der 1. Bürgermeister Mayr verwies auf die laufenden Planungen im Zusammenhang mit möglichen Windkraftanlagen. Diese erfolgten unter Einbindung der Gemeinde, der betroffenen Grundstückseigentümer sowie der zuständigen übergeordneten Behörden und Fachstellen. Aufgrund des fortlaufenden Planungsprozesses lägen derzeit noch keine abschließenden Ergebnisse vor, über die berichtet werden könne.

Ende der Bürgerversammlung 21:45 Uhr



Piet Mayr
1. Bürgermeister



Christina Zenthöfer
Schriftführerin